

24.10.2005

385/2005

Seuchenprävention/Vogelschutz

- CS --

Claudia Hämmerling, tierschutzpolitische Sprecherin, erklärt:

Vogelgrippe: Einfuhr von Wildvögeln endlich verbieten

In Großbritannien wurde bei einem aus Surinam importierten Papagei die Vogelgrippe nachgewiesen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis einer der jährlich 1,76 Millionen in die EU importierten Wildvögel das gefürchtete Vogelgrippevirus in Europa verbreitet. Berlin muss sich daher auf Bundes- und Europaebene für ein generelles Einfuhrverbot von Wildvögeln einsetzen. Darüber hinaus müssen Maßnahmen gegen illegalen Schmuggel mit Wildvögeln ergriffen werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird den Senat mit einem Antrag zum Handeln auffordern.

Der erkrankte Papagei in Großbritannien macht deutlich, dass der Wildvogelhandel und -import ein hohes Gesundheitsrisiko darstellen. Die USA haben aus diesem Grund bereits vor 13 Jahren den Vogelimport weitgehend verboten.

Aber auch aus Vogelschutzgründen ist der Import von Wildvögeln abzulehnen. Die EU-Vogelschutzrichtlinie aus dem Jahr 1979 verbietet es, wild lebende Vögel innerhalb der EU zu fangen, die Tiere kommerziell zu handeln und in Gefangenschaft zu halten. Für den Vogelhandel müssen doppelt so viele Tiere gefangen werden, denn die Hälfte der Tiere stirbt, bevor sie die Käufer erreicht haben. Dennoch wurde der Einfuhr von Wildvögeln aus Nicht-EU Staaten keine Grenzen gesetzt.

Die Importzahlen in die EU sind erschreckend. Die EU ist mit Abstand weltgrößter Abnehmer von Vögeln aus freier Wildbahn und mitverantwortlich für die Bedrohung vieler Vogelarten. Innerhalb der EU gehört Deutschland zu den größten Einfuhrländern von Wildvögeln. Ein Importverbot ist daher längst überfällig.